



SDA-Bulletin

Zürich, 31. August 2020

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates

Mindestens ein Drittel des abgebauten Kieses und des Baustellen-Aushubs im Kanton Zürich muss künftig auf der Schiene transportiert werden. Der Kantonsrat hat die dazu notwendigen Gesetzesänderungen in zweiter Lesung ohne Gegenstimme beschlossen ([5533](#)). Mit der neuen Regelung sollen vor allem die Gemeinden im Norden des Kantons vom LKW-Durchgangsverkehr entlastet werden.

Die Bezirksanlage Winterthur, in der Kantonspolizei, Staatsanwaltschaft und Gefängnis untergebracht sind, kann umgebaut und erweitert werden. Der Kantonsrat hat dafür einen Objektkredit von 89 Millionen Franken mit 170 zu 0 Stimmen genehmigt ([5580](#)). Die Ausgabe unterstand der Ausgabenbremse, musste in der Abstimmung also mindestens 91 Stimmen erreichen.

Die Flucht eines Sexualstraftäters aus der Psychiatrie Rheinau hat im Kantonsrat zu kritischen Fragen geführt. Die Öffentlichkeit wurde erst nach eineinhalb Tagen darüber informiert. Justizdirektorin Jacqueline Fehr kündigte im Rat deshalb an, die Kommunikation bei solchen Ausbrüchen zu verbessern. Der Vorfall zog eine dringliche Interpellation von SVP und EVP nach sich, deren Beantwortung der Kantonsrat zur Kenntnis nahm ([KR-Nr. 273/2020](#)).

Nach 41 Jahren erfolgloser Planung geht es mit den verlotterten Zeughäusern nun doch noch vorwärts: Der Kantonsrat hat genau jene Vorlage genehmigt, die im Januar 2019 noch in einem Scherbenhaufen geendet hatte ([5592](#)). Kernstück der Vorlage waren 30 Millionen Franken, die der Kanton an die Sanierung der denkmalgeschützten Gebäude beisteuern wird. Die Stadt Zürich ihrerseits wird 25 Millionen zahlen. Neben der Kostenbeteiligung für die Renovation gibt der Kanton das Zeughausareal für 50 Jahre zu vergünstigten Konditionen im Baurecht an die Stadt Zürich ab. Der Kanton verzichtet dabei auf Einnahmen von 18 Millionen Franken. Die Vorlage unterstand der Ausgabenbremse. Voraussetzung waren also 91 Stimmen, die in den beiden entscheidenden Abstimmungen mit 126 zu 44 respektive 124 zu 43 Stimmen erreicht wurden.

Der Kantonsrat hat einer parlamentarischen Initiative mit 88 zu 76 Stimmen zugestimmt, welche die Einreichung einer Standesinitiative beim Bund für ein Verbot des Pflanzenschutzmittels Glyphosat fordert ([KR-Nr. 340/2017](#)). Vorstösse mit dieser Forderung sind auf Bundesebene bereits hängig.

Der Kantonsrat hat ohne Gegenantrag eine Fristerstreckung zu einem Postulat von CVP, FDP und SVP genehmigt, in dem es um attraktive Ortskerne geht ([5627](#)).

Der Kantonsrat hat eine Fristerstreckung für ein FDP-Postulat ohne Gegenantrag genehmigt, in dem es um Chancen der Digitalisierung für eine nachhaltige Mobilität geht ([5636](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Kredits für den Ersatzneubau Stampfenbachstrasse 28/30 ohne Gegenstimme genehmigt ([5476](#)).

Der Kantonsrat hat vom Raumplanungsbericht 2017 des Regierungsrats Kenntnis genommen ([5470](#)).

Mit 157 zu 0 Stimmen bei 4 Enthaltungen genehmigt hat der Kantonsrat die Abrechnung des Objektkredits für die Erstellung des Zürichseewegs, Abschnitt Giessen bis Mülönen, Stadt Wädenswil und Gemeinde Richterswil ([5483](#)).

Der Kantonsrat hat die Abrechnung des Kredits für die Ausarbeitung des Ausführungsprojekts zum Bau der Zürcher Oberlandautobahn A53, Abschnitt 3, mit 144 zu 0 Stimmen bei einer Enthaltung genehmigt ([5475](#)).

Ein Postulat zur Anpassung des Baustandards bei kantonalen Hochbauprojekten hat der Kantonsrat als erledigt abgeschlossen ([5568](#)).

Der Kantonsrat hat eine Einzelinitiative mit 124 zu 43 Stimmen abgelehnt, welche die Förderung des Einsatzes von Zürcher Holz und vermehrter Berücksichtigung von Zürcher Bauunternehmen bei der Vergabe von öffentlichen Bauaufträgen zum Ziel hatte ([5493](#)).

Eine Motion, die kürzere Verfahrensfristen bei Projekten für die Nutzung erneuerbarer Energien forderte, hat der Kantonsrat mit 132 zu 19 Stimmen abgelehnt ([KR-Nr. 349/2017](#)).

(sda)